

NEWSLETTER 02|2021

Berlin, den 22. April 2021

INHALTSVERZEICHNIS

AUS DER EAF ARBEIT

eaf-Präsident Dr. Martin Bujard als Sachverständiger bei Bundestagsanhörung zum Zeitverwendungserhebungsgesetz	3
Stellungnahme der AGF zum Referentenentwurf eines Ganztagsförderungsgesetzes	3
Pressemitteilungen der eaf	3

TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

Wie wird das werden - die "Modernisierung" des SGB VIII?	4
Aufwachsen in Deutschland	4
Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf	4
4. Bundeskongress Elternbegleitung	4
Vereinbarkeit stärkt!	5
Ergebnisse des 9. Familienberichts	5

FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Kinder- und Jugendstärkungsgesetz verabschiedet	5
Kinderrechte und Grundgesetz	5
Akademie für Kinder- und Jugendparlamente	6
Wandel der Familie bedeutet nicht Untergang	6
Adoptionshilfegesetz am 1. April 2021 in Kraft getreten	6
Senat beschließt Familienförderungsgesetz in Berlin	6
Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder	6
Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung beschlossen	7
Co-Mutterschaft: Gericht hält fehlende Regelung für verfassungswidrig	7
EU-Kommission schlägt Kindergarantie vor	7
Tatort Familie	7
Bundestag beschließt Reform des Jugendschutzgesetzes	8
9. Familienbericht der Bundesregierung	8
Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“ wächst weiter	8

CORONA UND FAMILIEN

Erholung und gezielte Unterstützung für Familien	9
Wohlbefinden von Eltern sinkt auf Tiefstwert	9

Zwei Milliarden Euro für "Aufholprogramm" für Kinder	9
UNICEF: Gipfel für Kinder, Jugendliche und Familien zur Bewältigung der Corona-Krise	9
Vor allem Frauen beantragen Kinderkrankentage	9
Infektionsgeschehen in Kitas	10
Als hätte es Corona nicht gegeben.	10
Auswirkungen der Corona-Krise auf das Familien- und Erwerbsleben	10
Pandemie verstärkt Ungleichheit zwischen Männern und Frauen	10
Familien unter Druck	11
JuCo-Befragungen der Universitäten Hildesheim und Frankfurt	11
Deutlich mehr Kinder bekommen Kinderzuschlag	11
Sorgearbeit während der Corona-Pandemie	11

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Arbeitszeit von Männern und Frauen	12
Unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche noch immer in ihren Rollenbildern?	12
Positiver sozialer Effekt von Kurzarbeit: Mehr Väter betreuen ihre Kinder	12
Elterngeld 2020	12
Nur wenige Frauen in Deutschland wollen mehr als zwei Kinder	13
Gender Pay Gap 2020	13
Drei von vier Müttern berufstätig	13
Mehr als jedes zweite Baby hatte 2020 bei seiner Geburt bereits Geschwister	14

THEMEN, DIE WEITER ZU BEOBACHTEN SIND

Bezahlbar wohnen. Anstöße zur gerechten Gestaltung des Wohnungsmarktes	14
Bundestag beschließt Errichtung einer "Bundesstiftung Gleichstellung"	14
Bevölkerung befürwortet Gleichstellung, sieht aber noch viel Handlungsbedarf	14
Gegen Armut in Deutschland hilft nur Existenzsicherung neu denken - "Hartz IV" überwinden	15
Erklärung für Menschlichkeit und Vielfalt im Superwahljahr 2021	15

NÜTZLICHE INFORMATIONEN

Stellenangebot EKFuL	15
Corona-Kinderbonus wird im Mai überwiesen	15
Entlastung für die Seele	15

Impressum	16
-----------	----

AUS DER EAF ARBEIT

eaf-Präsident Dr. Martin Bujard als Sachverständiger bei Bundestagsanhörung zum Zeitverwendungserhebungsgesetz

Das Vorhaben der Bundesregierung, für die Erhebung statistischer Daten zur Zeitverwendung eine eigene gesetzliche Grundlage zu schaffen, ist bei der Expertenanhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 15. März 2021 auf breite Zustimmung gestoßen. Kritik gab es an der Ausgestaltung des Gesetzentwurfes, vor allem an der vorgesehenen Beibehaltung des Zehn-Jahres-Turnus für die Erhebungen. Auch Martin Bujard plädierte während der Anhörung für eine Erhebung alle fünf Jahre, besser noch zwei Jahre. Für einen zehnjährigen Rhythmus seien die Entwicklungen zu dynamisch. Er sprach sich zudem für die Erhebung in Form einer Panelstruktur, das heißt mit Wiederholungsbefragungen, aus. So könnten die Veränderungen innerhalb von Familien – als Folge von Kindergeburt aber auch in Folge politischer Maßnahmen – besser nachvollzogen werden.

Die eaf hatte sich bereits am 4. September 2020 mit einer [>>>Stellungnahme zum geplanten Gesetz](#) geäußert.

Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Ganztagsförderungsgesetzes

[Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen \(AGF\)](#)

Die in der AGF zusammengeschlossenen Familienorganisationen begrüßen grundsätzlich, dass noch in dieser Legislaturperiode wichtige Schritte zur Einführung eines Rechts auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter unternommen werden sollen. Sie üben aber auch Kritik an der mangelnden Berücksichtigung von Qualitätsaspekten im Entwurf.

[>>>Weitere Informationen](#)

Pressemitteilungen der eaf

[>>>Kinderrechte ins Grundgesetz: Einigung noch in dieser Legislaturperiode?](#)

[eaf macht Alternativvorschlag zum Erreichen der Zweidrittelmehrheiten](#)

Pressemitteilung vom 15. April 2021

[>>>Letzte Chance für einen Rechtsanspruch auf Familienförderung:](#)

[eaf fordert Verankerung im neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz](#)

Pressemitteilung der eaf vom 19. März 2021

>>>Eltern in der "Rushhour des Lebens":

Gute Forschung für familienfreundlichere Gesellschaft erforderlich

Pressemitteilung vom 15. März 2021

>>>Eltern-Kind-Gruppen gehen online – Wie geht das?

Pressemitteilung vom 11. März 2021

>>>Familienbildung erneut nicht im Blick

Pressemitteilung vom 4. März 2021

>>>Lebensqualität von Kindern in der Abwärtsspirale:

Seelische Belastungen von Familien ernst nehmen

Pressemitteilung vom 19. Februar 2021

TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

Wie wird das werden - die "Modernisierung" des SGB VIII?

Das geplante "Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes" und seine möglichen Folgen

Online-Barcamp der Ev. Akademie Sachsen, 26. April 2021

>>>Programm und Anmeldung

Aufwachsen in Deutschland

Kinder, Jugendliche und Familien vor und während Corona – die neue AID:A-Studie

Online-Konferenz des Deutschen Jugendinstituts, 29. April 2021

>>>Programm und Anmeldung

Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

Online-Fachtagung des Zukunftsforums Familie e.V. (ZFF) und dem AWO Bundesverband e.V., 6. Mai 2021

>>>Programm und Anmeldung

4. Bundeskongress Elternbegleitung

Online-Tagung, 9. und 10. Juni 2021

>>>Programm und Anmeldung

Vereinbarkeit stärkt!

Mit Familienbewusstsein den Wandel gestalten

Online-Unternehmenstag Erfolgsfaktor Familie, 10. und 11. Juni 2021

[>>>Informationen und Anmeldung](#)

Ergebnisse des 9. Familienberichts

Herausforderungen an die Politik

Tagung der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V., 1. Juli 2021 in Berlin

[>>>Programm und Anmeldung](#)

FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Kinder- und Jugendstärkungsgesetz verabschiedet

Am 22. April 2021 verabschiedet der Deutsche Bundestag das geänderte Kinder- und Jugendstärkungsgesetz. Zuvor hatte der Familienausschuss des Bundestages bereits grünes Licht gegeben

[>>>Meldung HiB vom 21. April 2021](#)

Kinderrechte und Grundgesetz

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden sollen. So sollen kinderspezifische Aspekte wie das Kindeswohlprinzip und das Anhörungsrecht des Kindes im Verfassungstext betont und dadurch die Rechtstellung von Kindern und Familien unterstrichen werden. Dabei sei aber stets zu beachten, dass Kinder nicht die einzigen Grundrechtsträger seien. Der [>>>Rechtsausschuss des Bundestages wird sich am 17. Mai 2021](#) in einer öffentlichen Anhörung mit dem Gesetzentwurf beschäftigen.

[>>>Meldung auf Bundestag.de vom 6. April 2021](#)

[>>>Gesetzentwurf der Bundesregierung](#)

Aus Sicht der eaf ist der vorgelegte Gesetzentwurf voraussichtlich nicht mehrheitsfähig. Sie hat deshalb bereits im Januar einen [>>>Alternativvorschlag](#) veröffentlicht.

Ein Aktionsbündnis aus mehr als 100 Organisationen fordert in einem gemeinsamen Appell die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz bis zur Sommerpause.

[>>>Aufruf „Kinderrechte ins Grundgesetz–aber richtig!“ vom 26. März 2021](#)

Akademie für Kinder- und Jugendparlamente

[Für ein stärkeres politisches Engagement junger Menschen](#)

Bundesweit engagieren sich dafür bereits 30.000 junge Menschen in mehr als 500 Kinder- und Jugendparlamenten und knapp 300 Jugendforen. Um ihre Arbeit weiter zu stärken und die Zahl der Kinder- und Jugendparlamente bis 2024 zu verdoppeln, hat Bundesjugendministerin Franziska Giffey am 16. April 2021 die neue „Akademie für Kinder- und Jugendparlamente“ gestartet.

[>>>Pressemitteilung BMFSFJ vom 16. April 2021](#)

Wandel der Familie bedeutet nicht Untergang

Krisen machen die Verhältnisse sichtbar, die zwar vorher schon da waren – aber zu wenig beachtet wurden. So verhält es sich auch mit dem Thema Familie. Die Covid-19-Pandemie zeigt den Stellenwert von Familien und ihren Bedürfnissen in Politik und Gesellschaft. Die Vorträge und Debatten der Frühjahrstagung des Politischen Clubs der Ev. Akademie Tutzing sind im YouTube-Kanal der Akademie abrufbar.

[>>>Pressemitteilung der Ev. Akademie Tutzing vom 8. April 2021](#)

Adoptionshilfegesetz am 1. April 2021 in Kraft getreten

Das neue Adoptionshilfe-Gesetz sieht eine bessere Beratung aller an einer Adoption Beteiligten, Aufklärung und Förderung eines offenen Umgangs mit Adoption, eine Stärkung der Adoptionsvermittlungstellen sowie das Verbot von unbegleiteten Auslandsadoptionen und Einführung eines Anerkennungsverfahrens vor.

[>>>Pressemitteilung BMFSFJ vom 1. April 2021](#)

Senat beschließt Familienfördergesetz in Berlin

Berlin wird ein Gesetz zur Stärkung von Familien einführen. Es zielt auf eine grundsätzliche Verbesserung der Beratungs- und Entlastungsangebote für Eltern ab: Kurse mit Erziehungstipps, Angebote in Familienzentren, Stadtteilmütter, Familienservicebüros, Erholungsfahrten.

[>>>Pressemitteilung Senatskanzlei vom 30. März 2021](#)

Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder

Der Bundestag hat am 25. März 2021 den Gesetzentwurf von CDU/CSU und SPD zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder beschlossen. Sexueller Missbrauch an Kindern wird künftig grundsätzlich als Verbrechen mit einer Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsentzug geahndet. Die Mindeststrafe von einem Jahr gilt auch für den Besitz und die Verbreitung von Bildern und Filmen.

[>>>Artikel auf bundestag.de](#)

Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung beschlossen

Mit dem „Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung“ soll das Recht von Kindern auf geschlechtliche Selbstbestimmung geschützt werden. Zugleich sollen sie vor unnötigen Behandlungen an den Geschlechtsmerkmalen bewahrt werden.

[>>>Artikel auf bundestag.de](#)

Co-Mutterschaft: Gericht hält fehlende Regelung für verfassungswidrig

Das Oberlandesgericht Celle hält es für verfassungswidrig, dass in Deutschland bei lesbischen Elternpaaren nicht automatisch beide Mütter in die Geburtsurkunde ihres Kindes eingetragen werden können. Der Familiensenat habe deshalb das Verfahren im Fall von Gesa Teichert-Akkermann und Verena Akkermann ausgesetzt und an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet

[>>>Meldung auf evangelisch.de vom 24. März 2021](#)

EU-Kommission schlägt Kindergarantie vor

Die EU-Kommission will Kinder in Not besonders fördern und insgesamt die Kinderrechte voranbringen. Die Brüsseler Behörde verabschiedete dazu am 24. März 2021 einen Vorschlag für eine Europäische Kindergarantie. Sie hat das Ziel, jedes arme und armutsgefährdete Kind in der EU zu unterstützen. Jedes Kind in Europa soll Zugang zu den Ressourcen haben, die es für sein Wohlergehen und seine Entwicklung benötigt.

[>>>Informationen der AGF zur Kindergarantie](#)

[>>>Factsheet zur Kindergarantie \(PDF\)](#)

Tatort Familie

[Betroffenenrat veröffentlicht Impulspapier zum Tatkontext Familie](#)

In den letzten Monaten wurde die Familie als Ort von psychischer, physischer und sexualisierter Gewalt öffentlich stärker thematisiert. Der Betroffenenrat beim Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) möchte mit dem vorliegenden Impulspapier eine breite Diskussion anregen und diese mit der Forderung nach einer dauerhaft geführten Auseinandersetzung mit dem Tatort Familie verbinden.

[>>>Pressemitteilung Betroffenenrat vom 15. März 2021](#)

[>>>Impulspapier Tatort Familie \(PDF\)](#)

Bundestag beschließt Reform des Jugendschutzgesetzes

Der Bundestag hat am 5. März 2021 den Rechtsrahmen für einen modernen Kinder- und Jugendmedienschutz und ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen mit digitalen Medien beschlossen. Das neue Jugendschutzgesetz sorgt dafür, dass Filme oder Spiele verbindlich und einheitlich Alterseinstufungen erhalten und sieht vor, dass etwa Kostenfallen, unbeschränkte Kontaktfunktionen oder glücksspielähnliche Elemente durch Kennzeichnungen mit Symbolen, die neben die bekannte Alterskennzeichnung tritt, transparent gemacht werden müssen.

>>>[Pressemitteilung BMFSFJ vom 5. März 2021](#)

>>>[Meldung HiB vom 3. März 2021](#)

9. Familienbericht der Bundesregierung

Eltern-Sein in Deutschland ist anspruchsvoller geworden. Eltern verlangen sich viel ab: Sie wollen mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen, sie so gut wie möglich fördern, Familie und Beruf in Einklang bringen und auch eigene Ziele verfolgen. Dafür suchen und brauchen sie Orientierung und Unterstützung, gerade angesichts sich wandelnder Rollenbilder, komplexerer Familienstrukturen, der Herausforderungen der Digitalisierung und der nach wie vor bestehenden ungleichen sozialen Bedingungen für das Aufwachsen und die Chancen von Kindern. Zu diesen zentralen Ergebnissen kommen die Sachverständigen in ihrem Bericht, der am 3. März 2021 im Bundeskabinett behandelt wurde. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey fordert, wirksame und konsequente Familienförderung auszubauen.

>>>[Meldung auf bundesregierung.de vom 3. März 2021](#)

>>>[Pressemitteilung BMFSFJ vom 3. März 2021](#)

>>>[Kurzfassung 9. Familienbericht](#)

Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“ wächst weiter

Rheinland-Pfalz hat sich als nunmehr elftes Bundesland der Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“ des Bundesfamilienministeriums angeschlossen. Ab dem 01. März 2021 können Kinderwunschpaare mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz einen Antrag auf finanzielle Unterstützung für eine Kinderwunschbehandlung durch Bund und Land stellen

>>>[Pressemitteilung BMFSFJ vom 26. Februar 2021](#)

CORONA UND FAMILIEN



Erholung und gezielte Unterstützung für Familien

Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen des BMFSFJ formuliert Ansatzpunkte für eine Familienpolitik nach dem Lockdown, bei abklingender Pandemie und für eine Zeit, in der das Leben mit dem Virus wieder im „Präsenzbetrieb“ möglich ist.

>>>[Stellungnahme des Beirats für Familienfragen \(PDF\)](#)

DIW FamilienMonitor_Corona:

Wohlbefinden von Eltern sinkt auf Tiefstwert

Aktuell machen sich etwa 57 Prozent der Eltern große Sorgen um die Bildung und die wirtschaftliche Zukunft ihrer Kinder, 38 Prozent sorgen sich sehr um die Gesundheit der Kinder. Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation der Eltern nehmen um zwei Prozentpunkte auf 28 Prozent zu.

>>>[Update FamilienMonitor_Corona vom 19. April 2021](#)

Zwei Milliarden Euro für "Aufholprogramm" für Kinder

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) will zwei Milliarden Euro für ein "Aufholprogramm" für Kinder und Jugendliche bereitstellen, das negative Folgen der Corona-Krise ausgleichen soll. Damit werde versucht, entstandene Bildungslücken, Lernrückstände, ausgefallene Sprachschulungen oder psychologische Probleme zu kompensieren

>>>[Meldung auf evangelisch.de vom 20. April 2021](#)

UNICEF fordert Gipfel für Kinder, Jugendliche und Familien zur Bewältigung der Corona-Krise

Schon vor der Covid-19-Pandemie kämpfte ein beträchtlicher Teil der Kinder und Jugendlichen in Deutschland mit mentalen Problemen und fehlenden Chancen. Dies ist Ergebnis des UNICEF-Berichts zur Lage von Kindern in Deutschland 2021. Der Report unter dem Titel „Kinder – unsere Zukunft!“ warnt vor gravierenden Konsequenzen der Covid-19 Pandemie für das kindliche Wohlbefinden. Die Pandemie verschärft bestehende Probleme und stellt auch Eltern vor große Herausforderungen, ihre Kinder bestmöglich zu unterstützen.

>>>[Pressemitteilung UNICEF vom 20. April 2021](#)

Vor allem Frauen beantragen Kinderkrankentage

Die deutliche Mehrheit der Kinderkrankentage, die Eltern pandemiebedingt in Anspruch nehmen können, wurden bisher von Frauen beantragt. Dies zeigen eine Auswertung der DAK sowie Daten der Barmer. Die Zahl der Kinderkrankentage für 2021 wurde mit der Änderung des Infek-

tionsschutzgesetzes am 21. April 2021 ein weiteres Mal angehoben auf dann 30 Tage pro Eltern-
teil und Kind.

>>>[Der Tagesspiegel vom 16. April 2021](#)

Infektionsgeschehen in Kitas

Welche Rolle spielen Kitas bei der Verbreitung des Coronavirus? Das untersucht die COALA-Studie; eine Teilstudie der Corona-KiTa-Studie. Sie untersucht in Kitas detailliert das Infektionsgeschehen beim Personal, bei Kindern und Familien nach einem Corona-Ausbruch. Ein Team des RKI befragt die Kitaleitungen und besucht die teilnehmenden Familien.

>>>[Pressestatement BM'in Franziska Giffey vom 25. März 2021](#)

>>>[Monatsbericht März der Corona KiTa-Studie](#)

Als hätte es Corona nicht gegeben.

[Bildungspolitische Reaktionen auf Schulschließung und Distanzunterricht](#)

Auto Marcel Helbig stellt im WZBrief Bildung fest: Kenntnisse und Chancen der Kinder sind nach Schulschließungen und Distanzunterricht so ungleich wie nie. Es gibt keine einfache Lösung für die Schule nach Corona – die Folgen jedes Weges sollten bedacht werden. Maßstab der Bildungspolitik sind der ursprüngliche Lehrplan und privilegierte Kinder.

>>>[WZBrief 43/März 2021](#)

Auswirkungen der Corona-Krise auf das Familien- und Erwerbsleben

Die Kurzexpertise des >>>[IZA](#) im Auftrag des >>>[BMAS](#) beleuchtet u.a. familien- und gleichstellungspolitische Veränderungen und Probleme in Deutschland, die sich in der Corona-Pandemie am Arbeitsmarkt abzeichnen. Außerdem werden Handlungsansätze erörtert, die nachsorgend oder vorbeugend für eine gleichmäßigere Verteilung wirtschaftlicher und sozialer Risiken in Krisensituationen sorgen könnten.

>>>[BMAS Forschungsbericht 574 \(PDF\)](#)

Pandemie verstärkt Ungleichheit zwischen Männern und Frauen

Laut einer Studie des Weltwirtschaftsforums sind besonders Frauen von der Pandemie beruflich betroffen. Auch Deutschland fiel um einen Platz im Gleichstellungsindex. Schon 2019 rechnete das WEF damit, dass es bei gleichbleibenden Trends 95 Jahre bis zu einer Gleichstellung von Männern und Frauen dauern würde. Durch die verheerenden Entwicklungen der Corona-Pandemie sind es nun 135,6 Jahre. Frauen seien weiter mit Hürden im Wirtschaftsleben und bei der politischen Beteiligung konfrontiert. Es bleibe für viele eine Herausforderung, mit Familie im Berufsleben zu bleiben.

>>>[ZEIT online vom 31. März 2021](#)

>>>[Global Gender Gap Report 2021](#)

Studie Hans-Böckler-Stiftung:

Familien unter Druck

40 Prozent der Erwerbspersonen in Deutschland fühlen sich während des zweiten Lockdowns stark oder sogar äußerst belastet. Wenn Kinder im Haushalt leben, sagen das 49 Prozent. Bei ihnen lag das allgemeine Belastungsempfinden noch geringfügig höher als im April. Vor allem die Einschätzung der eigenen familiären Situation hat sich in den Wintermonaten mit geschlossenen Kitas, Schulen und Freizeiteinrichtungen spürbar verschlechtert.

>>> [Pressemitteilung Hans-Böckler-Stiftung vom 3. März 2021](#)

JuCo-Befragungen der Universitäten Hildesheim und Frankfurt

Wie Jugendliche und junge Erwachsene die Corona-Krise erlebt haben, welche Sorgen sie umtreiben und was sie vermissen, zeigen die zwei Befragungen. Die Ergebnisse machen deutlich, dass die jungen Menschen sich weder gehört noch beteiligt fühlen. Insbesondere benachteiligte Jugendliche drohen weiter aus dem Blick zu geraten. Die Jugendpolitik ist gefordert, hier schnell, aber auch nachhaltig Lösungen zu entwickeln. Was getan werden sollte, zeigen die Broschüre "Fragt uns 2.0 – Corona-Edition", in der Jugendliche die JuCo-Studien selbst kommentiert haben, sowie ein Policy Brief.

>>> [Studie „Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie“](#)

>>> [Policy Brief Bertelsmann Stiftung \(PDF\)](#)

>>> ["Fragt uns 2.0"](#)

Deutlich mehr Kinder bekommen Kinderzuschlag

Die Zahl der Kinder, für die Kinderzuschlag gewährt wurde, hat sich im vergangenen Jahr deutlich erhöht. Dies betraf im März 2020, zu Beginn der Corona-Pandemie, rund 376.000 Kinder. Diese Zahl stieg dann in den Folgemonaten konstant an, auf einen Höchststand von rund 941.000 Kindern im Juli 2020. Im Januar lag die Zahl der Berechtigten mit rund 708.000 Kindern zwar wieder deutlich darunter, aber gleichzeitig noch deutlich über dem März-Wert.

>>> [Meldung HiB vom 9. März 2021](#)

>>> [Antwort Bundesregierung auf Kleine Anfrage Entwicklung von Kinderarmut im Rahmen der Corona-Krise \(PDF\)](#)

DIW:

Sorgearbeit während der Corona-Pandemie

Mütter übernahmen den Großteil der zusätzlichen Kinderbetreuung während des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020. Während sie in diesem Zeitraum ihre Kinder im Alter von bis zu elf Jahren werktags durchschnittlich etwa zehn Stunden lang betreut haben, war die Zeit bei Vätern mit etwa fünf Stunden nur halb so lang. Gleichzeitig belegen die Daten aber auch, dass Väter

überproportional mehr Zeit in die Bildung und Betreuung ihrer Kinder investierten als in der Zeit vor der Pandemie und sie ihren Anteil an der gesamten Kinderbetreuung gesteigert haben. Allerdings ist dabei zu beachten, dass sie vor der Pandemie im Durchschnitt deutlich weniger Zeit mit Kinderbetreuung verbrachten als Mütter und das Steigerungspotenzial entsprechend höher war

>>>[DIW Wochenbericht 9 / 2021](#)

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Arbeitszeit von Männern und Frauen

[Wunsch und Wirklichkeit klaffen auseinander](#)

Jeder zweite erwerbstätige Mann würde gerne weniger arbeiten, heißt es in der am 30. März 2021 veröffentlichten Analyse im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Bei den Frauen im Beruf seien es mit 41 Prozent deutlich weniger. Dagegen würden gern 17 Prozent der weiblichen Arbeits- und Fachkräfte ihre Wochenstunden ausweiten, bei den Männern sind es nur neun Prozent.

>>>[Meldung Bertelsmann Stiftung vom 30. März 2021](#)

[Leibniz-Institut für Bildungsverläufe:](#)

Unterscheiden sich Ost- und Westdeutsche noch immer in ihren Rollenbildern?

Erstmals beleuchtet eine Studie mit Längsschnittdaten, wie sich Einstellungen zu traditionellen Rollenbildern in den vergangenen zehn Jahren in Ost und West entwickelt haben. Insgesamt zeigen die Befunde, dass Befragte in Ost und West vor allem die Erwerbstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern noch immer sehr unterschiedlich bewerten. Wider Erwarten zeigen auch jüngere Befragte, die nach der Wiedervereinigung aufgewachsen sind, deutliche Ost-West Unterschiede in ihren Rollenvorstellungen.

>>>[LifBi Forschung kompakt vom 10. März 2021](#)

Positiver sozialer Effekt von Kurzarbeit: Mehr Väter betreuen ihre Kinder

In einer Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung aus dem November 2020 gaben knapp 30 Prozent der befragten Väter in Kurzarbeit an, zu Hause überwiegend die Betreuung des Nachwuchses zu übernehmen. Vor Beginn der Pandemie taten das lediglich 7 Prozent.

>>>[Policy Brief WSI 03/2021](#)

Elterngeld 2020

[Väteranteil steigt auf knapp 25 %](#)

Rund 1,9 Millionen Frauen und Männer in Deutschland haben im Jahr 2020 Elterngeld erhalten.

Das waren rund 4 000 oder 0,2 % weniger als im Jahr 2019. Die Zahl der Männer mit Elterngeldbezug hat sich im Vorjahresvergleich um 6 500 erhöht (+1,4 %), dagegen ging die Zahl der leistungsbeziehenden Frauen um 10 500 (-0,7 %) zurück. Dadurch stieg der Väteranteil auf 24,8 % (2019: 24,4 %).

>>> [Pressemitteilung Destatis vom 25. März 2021](#)

Nur wenige Frauen in Deutschland wollen mehr als zwei Kinder

Nur 16 Prozent der Frauen in Deutschland haben drei oder mehr Kinder zur Welt gebracht und gelten damit als kinderreich. In Frankreich haben dagegen rund 28 Prozent der Frauen drei oder mehr Kinder.

>>> [Pressemitteilung Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung vom 24. März 2021](#)

>>> [Datenreport 2021/Kinderwunsch \(PDF\)](#)

Gender Pay Gap 2020

Frauen haben im Jahr 2020 in Deutschland 18 % weniger verdient als Männer. Der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern – der unbereinigte Gender Pay Gap – war damit um einen Prozentpunkt geringer als 2019. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anlässlich des Equal Pay Day am 10. März 2021 weiter mitteilt, verdienten Frauen im Jahr 2020 mit durchschnittlich 18,62 Euro brutto in der Stunde 4,16 Euro weniger als Männer (22,78 Euro). 2019 hatte die Differenz 4,28 Euro betragen.

>>> [Pressemitteilung Destatis vom 9. März 2021](#)

Wie man es dreht und wendet: Deutschland hat einen der höchsten Gender Pay Gaps in Europas, stellt das DIW Berlin fest.

>>> [Pressemitteilung DIW vom 3. März 2021](#)

Hans-Böckler-Stiftung: Datenlage zur Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland für das Corona-Jahr 2020 ergibt ambivalente Muster: Scheinbare kurzfristige Fortschritte beim Gender Pay Gap treffen auf möglicherweise dauerhafte Verschlechterungen der Arbeitszeit-Situation von erwerbstätigen Frauen.

>>> [Pressemitteilung Hans-Böckler-Stiftung vom 1. März 2021](#)

Drei von vier Müttern berufstätig

Die Zahl der berufstätigen Mütter nimmt zu. Im Jahr 2019 gingen drei von vier Frauen (74,7 Prozent), die mindestens ein minderjähriges Kind hatten, einem Job nach. 2009 lag die Quote noch bei 66,7 Prozent. Mütter stehen allerdings weiterhin deutlich seltener im Arbeitsleben als Väter: Der Anteil der erwerbstätigen Männer mit minderjährigen Kindern blieb im selben Zeitraum nahezu konstant und lag 2019 bei 92,9 Prozent.

>>> [Pressemitteilung Destatis vom 5. März 2021](#)

Mehr als jedes zweite Baby hatte 2020 bei seiner Geburt bereits Geschwister

Im Jahr 2020 kamen nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) von insgesamt etwa 770 000 Neugeborenen rund 360 000 (47 %) als erstes Kind zur Welt. 270 000 (35 %) Babys wurden als zweites Kind und 140 000 als drittes oder weiteres Kind (18 %) der Mutter geboren.

[>>>Pressemitteilung Destatis vom 4. März 2021](#)

THEMEN, DIE WEITER ZU BEOBACHTEN SIND



EKD-Text

Bezahlbar wohnen. Anstöße zur gerechten Gestaltung des Wohnungsmarktes

Der EKD-Text richtet sich an alle Akteurinnen und Akteure des Wohnungsmarktes und gibt Impulse, wie die Entwicklung des Wohnungsmarktes gerecht, solidarisch und nachhaltig gestaltet werden kann

[>>>Broschüre „Bezahlbar wohnen“](#)

Bundestag beschließt Errichtung einer "Bundesstiftung Gleichstellung"

Am 15. April hat der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf für die Errichtung einer "Bundesstiftung Gleichstellung" gebilligt. Sie soll ein offenes Haus werden, in dem sich Menschen treffen, austauschen und vernetzen können. Und dafür sorgen, dass die Gleichstellung von vielen Engagierten gemeinsam vorangebracht wird.

[>>>Pressemitteilung BMFSFJ vom 16. April 2021](#)

Aktuelle Befragung:

Bevölkerung befürwortet Gleichstellung, sieht aber noch viel Handlungsbedarf

95 Prozent der Männer und Frauen in Deutschland bewerten Gleichstellungspolitik für eine gerechte und demokratische Gesellschaft als wichtig. Die große Mehrheit (80 Prozent) verbindet mit der Gleichstellung von Frauen und Männern etwas Positives. Dies und mehr geht aus einer aktuellen repräsentativen Befragung von Kantar Public Deutschland im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu Fragen der Gleichstellung hervor, deren Ergebnisse jetzt veröffentlicht wurden.

[>>>Studie Kantar Public März 2021 \(PDF\)](#)

Konzept der Diakonie:

Gegen Armut in Deutschland hilft nur Existenzsicherung neu denken - "Hartz IV" überwinden

Die Diakonie Deutschland schlägt in einem am 29. März 2021 vorgelegten Konzept vor, die existenzsichernden Hilfen grundlegend neu zu gestalten. Statt auf Sanktionen setzt die Diakonie auf Förderung, Motivation und flächendeckende professionelle Beratung.

>>>[Diakonie-Papier Existenzsicherung neu denken - "Hartz IV" überwinden](#)

Erklärung für Menschlichkeit und Vielfalt im Superwahljahr 2021

Mit der gemeinsamen Erklärung zeigen zum Auftakt des Wahljahres 435 Verbände, Initiativen und Einrichtungen aus dem Bereich der Behindertenhilfe und der Sozialen Psychiatrie gemeinsam klare Haltung gegen Rassismus und Rechtsextremismus und warnen vor Hetze und Stimmungsmache rechter Akteur*innen wie der AfD und ähnlicher Bewegungen. Mit Sorge beobachten die Verbände, wie versucht wird, eine Stimmung zu erzeugen, die Hass und Gewalt nicht nur gegen Menschen mit Behinderung, psychischer oder physischer Krankheit schürt, sondern gegen alle, die sich für eine offene und vielfältige Gesellschaft engagieren.

>>>[Weitere Informationen](#)

NÜTZLICHE INFORMATIONEN

Stellenangebot EKFuL

In der EKFuL-Bundesgeschäftsstelle wird ab sofort ein*e Fachreferent*in gesucht. Die Bewerbungsfrist endet am 7. Mai 2021.

>>>[Stellenausschreibung \(PDF\)](#)

Arbeitsagentur:

Corona-Kinderbonus wird im Mai überwiesen

Der Corona-Kinderbonus 2021 von 150 Euro pro Kind wird im Mai ausgezahlt. Die Auszahlung erfolgt automatisch an alle Kindergeldbezieherinnen und -bezieher. Die Eltern müssten keinen Antrag stellen

>>>[Weiterführende Informationen der Bundesagentur für Arbeit](#)

Entlastung für die Seele

[BAGSO-Ratgeber für pflegende Angehörige](#)

Was sind typische Herausforderungen in der häuslichen Pflege? Und wie kann ein gesunder Um-

gang mit den eigenen Kräften gelingen? Antworten gibt die Broschüre „Entlastung für die Seele – Ratgeber für pflegende Angehörige“ der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen.

>>>[Bestellung und Download der Publikation](#)

Impressum

Redaktionsschluss: 21. April 2021

V.i.S.d.P.: Dr. Insa Schöningh

Redaktion: Konstanze Hartmann-Boudol, Dr. Insa Schöningh

Layout und Verteiler: Janina Noormann

Über Anregungen, Rückmeldungen und geeignete Veranstaltungshinweise für kommende Ausgaben unseres Newsletters freuen uns. Kontakt: info@eaf-bund.de

Newsletter An- und Abmeldungen sowie ein Überblick über vergangene Ausgaben unter:

>><http://www.eaf-bund.de/de/publikationen/newsletter>

Die Fachzeitschrift der eaf, die Familienpolitischen Informationen (FPI), erscheint vier Mal jährlich. Sie kann bei der Bundesgeschäftsstelle (Einzelheft 2,50 € / Jahresabonnement 7,00 €) bestellt werden. Inhaltsverzeichnisse des laufenden Jahrgangs und Artikel vergangener Jahre können auf der Website der eaf eingesehen werden:

>>https://www.eaf-bund.de/de/publikationen/familienpolitische_informationen_fpi

Weitere aktuelle Informationen, Texte, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Dokumentationen der eaf sind auf unserer Homepage >><http://www.eaf-bund.de/> und auf Facebook >><https://www.facebook.com/bund.eaf/> zu finden.